

Sachbearbeitung	SO - Soziales		
Datum	15.03.2021		
Geschäftszeichen	SO/ZV - Kuisle		
Beschlussorgan	Internationaler Ausschuss	Sitzung am 15.07.2021	TOP
Beschlussorgan	Fachbereichsausschuss Bildung und Soziales	Sitzung am 21.04.2021	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 114/21

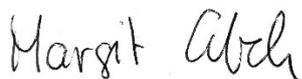
---

Betreff: Vorstellung des Projekts "Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe" (ReFIT)

Anlagen: -

### Antrag:

Den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.



Margit Abele

---

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des Gemeinderats:
BM 2, C 2, OB, R 2	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

## Sachdarstellung:

Zusammenfassende Darstellung der finanziellen Auswirkungen

---

Finanzielle Auswirkungen:	<b>nein</b>
Auswirkungen auf den Stellenplan:	<b>nein</b>

---

### 1. Ausgangslage

Bis das Thema Antiziganismus durch unterschiedliche Vorkommnisse in den letzten Wochen bundesweit medial in den Fokus rückte, war dieser Begriff weitestgehend unbekannt, nicht aber die Diskriminierung der Minderheit der Sinti und Roma.

Die Angehörigen dieser Minderheit leben oft in prekären Lebenslagen, teils verursacht durch antiziganistische Diskriminierung von Seiten der Mehrheitsgesellschaft.

Das Land Baden-Württemberg schloss mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg (VDSR), bereits im Jahr 2013 einen Staatsvertrag ab, um die Integration und Teilhabe zugewanderter Roma zu unterstützen und zu verbessern.

In Folge dessen trat das Sozialministerium Baden-Württemberg 2019 an den VDSR Landesverband Baden-Württemberg mit der Bitte heran, gemeinsam ein Pilotprojekt für eine Verbesserung der Teilhabechancen zugewanderter Roma zu entwickeln.

Für die Modellphase ist die Zusammenarbeit mit **vier Städten in Baden-Württemberg vorgesehen, die die gesellschaftliche Teilhabe zugewanderter Roma in ihrer Kommune fördern möchten**. Ulm ist eine von insgesamt vier Kommunen in Baden-Württemberg, die an dem Pilotprojekt teilnehmen. Weitere Städte sind Mannheim, Stuttgart und Freiburg.

Grundlage für die Erarbeitung dieses kommunalen Ansatzes ist die fehlende Regelförderung für die Integration zugewanderter Roma, der Bedarf dieser Zuwanderungsgruppe wird aber von der EU als besonders hoch eingestuft. Die auf EU-Ebene formulierten Strategien und Ziele zur Inklusion zugewanderter Roma (<https://zentralrat.sintiundroma.de/neue-eu-strategie-2030/>) sollen mit Hilfe des Projektes auf **kommunaler Ebene** umgesetzt werden.

Im September 2019 kam der VDSR Baden-Württemberg auf die Stadt Ulm zu und stellte den Entwurf für das Projekt 'ReFIT' ('Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe') vor.

Im darauffolgenden Abstimmungsprozess beschloss die Verwaltungsspitze eine Teilnahme Ulms und eine Durchführung des Projektes ReFIT in Ulm.

### 2. Situation (zugewanderter) Roma in Ulm

Da die Ausländerbehörde Personen nur nach Staatsangehörigkeit aber nicht nach Zugehörigkeit zu einer Minderheit erfasst, ist von Seiten der Verwaltung nicht festzustellen, wie viele Roma tatsächlich in Ulm leben, der VDSR geht von in etwa 300 Personen aus.

Es existiert eine arbeitsmigrantische Zuwanderung von Roma, vor allem aus den Balkanstaaten. Die

Menschen versuchen sich in Deutschland ein besseres Leben aufzubauen. Schwierig ist jedoch das Finden von günstigem Wohnraum, weshalb die Minderheit in Ulm wiederholt wegen prekärer Wohnverhältnisse in der Presse dargestellt wurde.

In der Sozialverwaltung treten Angehörige der Minderheit vor allem in den Bereichen Asyl und Sozialer Dienst für Familien (SD-F) in Erscheinung.

Viele Roma kommen wiederholt als Asylfolgeantragssteller nach Ulm, Abschiebungen entziehen sie sich durch Ausreise in andere (EU) Länder. Die Folge sind unter anderem unvollständige und mit Brüchen versehene Bildungsbiographien bei den Kindern, die eine wie auch immer geartete Integration sehr erschweren.

Im Sozialen Dienst für Familien sind mehrere, auch sehr maßnahmenintensive Roma Familien angebunden, deren Begleitung durch den SD-F sich teils schon seit Jahren hinzieht, wobei bestehende Muster der Ausgrenzung schwer aufzulösen sind.

### **3. Beschreibung des Projektes ReFIT**

ReFIT ist ein gemeinsames Pilotprojekt des VDSR Landesverband Baden-Württemberg und der Stadt Ulm. Unterstützt wird ReFIT vom Ministerium für Soziales und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg, die Pädagogische Hochschule Heidelberg begleitet und evaluiert.

Im Fokus stehen vier Teilhabebereiche: Bildung, Wohnen, Beschäftigung und Gesundheit.

Damit setzen die Kommunen unter Einbeziehung der Minderheit einen Teil der auf EU-Ebene formulierten Strategien um. Der in Ulm gewählte Schwerpunkt liegt auf dem Bereich Bildung.

In allen vier teilnehmenden Städten werden die vorhandenen Regelangebote und -strukturen in den Blick genommen, um nachhaltige Strategien für die gesellschaftliche Teilhabe zugewanderter Roma zu erarbeiten. Hierbei wird 'Antiziganismus' als eine spezifische Form von Diskriminierung als Querschnittsthema behandelt. Durch Fortbildungen und Workshops werden den Mitarbeitenden in der Kommunalverwaltung und im Bildungsbereich Werkzeuge und Instrumente für ein gelingendes Miteinander mit der Minderheit an die Hand gegeben.

Bei der Umsetzung des ReFIT-Projektes sollen keine Doppelstrukturen entstehen, es wird auf den vorhandenen Regelangeboten aufgebaut. Die Stadt Ulm und der Landesverband der Sinti und Roma arbeiten hierbei gemeinsam an der Vernetzung von Kommune und Minderheit. Die dabei entstehenden Analysen und Ansätze können als Best-Practice-Beispiele in der Folge auch in anderen Kommunen Wirkung entfalten.

### **4. Zielsetzungen des LVSR und der Stadt Ulm**

Die von Sozialministerium und Landesverband gesetzten Themen sind 'Antidiskriminierung' und 'Antiziganismus'. Die Zielgruppe der Minderheit der Roma soll durch eine veränderte öffentliche Wahrnehmung positiv im Bewusstsein der Stadtgesellschaft verankert werden. Tauchte die Minderheit bisher vor allem dann medial in Erscheinung, wenn es zu Problematisierungen kam, soll das Augenmerk zukünftig auf möglichen Hindernissen für die Inklusion und deren Beseitigung liegen. Der Schwerpunkt hierbei liegt im Bereich der Bildung. Kindern soll durch eine diskriminierungsfreie Lernumgebung ein guter Start in ein selbstbestimmtes Leben gegeben werden.

### **5. Nächste Schritte in Ulm**

Das Projekt startete zum 01.01.2021 und wird bis zum 28.02.2022 fortgeführt werden. Der VDSR beschäftigt eine Mitarbeiterin mit 75% Stellenumfang deren Büroinfrastruktur von der Stadt Ulm zur Verfügung gestellt wird. Die Fachkoordinatorin Soziale Dienste für Ältere, Erwachsene und Integration begleitet das Projekt seitens der Stadt Ulm.

Die Pädagogische Hochschule Heidelberg wird durch eine Befragung von Mitarbeitenden verschiedener Verwaltungseinheiten (z. B. Bürgerdienste, Schulsozialarbeit) und Institutionen (Kitas, Schulen) eine Bedarfsanalyse für die Stadt Ulm für den Bereich 'Bildung' durchführen.

In der Folge wird ein praktikabler Werkzeugkoffer, der konkret auf die ermittelten Bedarfe Ulms zugeschnitten ist, erarbeitet werden. Dieser wird im Rahmen von Fortbildungen Mitarbeitenden aus dem Bildungsbereich an die Hand gegeben. Die Teilnehmenden der Fortbildungen sollen in der Folge in ihren Arbeitsbereichen dann als Multiplikator\*innen wirken.

Die verschiedenen Akteur\*innen aus dem Bildungsbereich sollen im Rahmen des Projektes entlang des Themas Antiziganismus vernetzt werden, um zukünftig im Austausch an der Thematik auch fallbezogen weiterarbeiten zu können.

Aus den in Ulm lebenden Menschen der Minderheit sollen Ansprech- und Kontaktpersonen identifiziert werden, die nach Ablauf des Projektes als Ansprechpartner\*innen für die Verwaltung und Institutionen zur Verfügung stehen und als Mittler\*innen agieren können.

Um Jugendliche zu empower und sie anzubinden, ist der Aufbau eines 'Romno Power Clubs' geplant (vgl. <https://lagrenne-stiftung.de/romno-power-club/>).

Das Projekt ermöglicht einen gegenseitigen Austausch mit den anderen teilnehmenden Kommunen und somit die Weitergabe von Best-Practice-Beispielen, von denen profitiert werden kann.

## **6. Fazit und Ausblick**

Die Stadt Ulm wird mit dem Projekt ReFIT weiter der Handlungsmaxime des Fachbereichs Bildung und Soziales folgen, Regelsystemen Vorrang gegenüber Sondersystemen zu geben (vgl. GD 271/14) und diese niederschwellig nutzbarer zu machen um die gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern (vgl. Ziel 1 GD 271/14). Zudem hilft das Projekt dabei, das Thema Migration im Sinne der interkulturellen Öffnung der Verwaltung weniger als Sonderthema, sondern als Querschnittsthema im Bewusstsein der Mitarbeitenden zu verankern.

Eine durch das Projekt verbesserte Kommunikation und mehr Verständnis für die Belange und Schwierigkeiten der Zielgruppe kann die Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitenden der (Sozial-) Verwaltung und Angehörigen der Minderheit für beide Seiten fruchtbarer, effektiver und zielführender gestalten.